

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Erste Ausgabe mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich 4 Mk., durch unsere Zusteller zugerechnet in der Höhe monatlich 4,60 Mk., auf dem Lande 4,80 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 12 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Poststellen und Postboten sowie unsere Abnehmer und Geschäftsleute nehmen überall Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Steuern, Krieg oder sonstiger Verhältnisse hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises.



Interessanter 20 Pf. für die gehaltenen Anzeigen über deren Namen, Lokalität 10 Pf., Resten 2 Mk. Bei Nichterfüllung und Nichtzahlung erscheinender Druckblätter. Anzeigen in amtlichen Zeitungen für den Reichs- und Reichsland-Verkehr 1,50 Mk., Reichsland-Verkehr 50 Pf., Anzeigen in amtlichen Zeitungen für den Reichs- und Reichsland-Verkehr 1,50 Mk., Reichsland-Verkehr 50 Pf., Anzeigen in amtlichen Zeitungen für den Reichs- und Reichsland-Verkehr 1,50 Mk., Reichsland-Verkehr 50 Pf.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 267.

Mittwoch den 17. November 1920.

79. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Getreidebewirtschaftung.

Es wird darauf hingewiesen, daß die für die Getreideernte 1919 erlassenen Ministerialverordnungen auch für das Wirtschaftsjahr 1920/21 Geltung behalten, soweit sie nicht inzwischen ausdrücklich aufgehoben worden sind.

Dresden, am 11. November 1920.

48 V L A 1 b 1

Wirtschaftsministerium,
Landeslebensmittellamt.

Donnerstag den 18. November 1920 abends 6 Uhr
öf. gemeinschaftl. Sitzung des Rats u. der Stadtverordneten.

Die Tagesordnung hängt im Verwaltungsgebäude aus.

Wilsdruff, am 15. November 1920.

Der Bürgermeister.

Wir bitten höflichst, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Nach Meldungen aus Paris soll die Abstimmung in Oberösterreich am 28. Januar stattfinden.
- Die deutschen Bischöfe haben einen Hirtenbrief gegen die öffentliche Unmoralität erlassen.
- In Genf ist der Völkerbund in Anwesenheit von Vertretern von 42 Nationen eröffnet worden.
- Die ungarische Nationalversammlung hat den Friedensvertrag ratifiziert.
- Von Fiume aus hat d'Annunzio auf eigene Faust den Krieg gegen Serbien begonnen.
- Die Armee Brangels ist in der Krina endgültig von den Bolschewiken geschlagen worden.
- Die nationalrussischen Truppen Mustafa Kemal Paschas haben Datum eingenommen.

Kulturschänder!

Herr Nassart, der erste Präsident der tschecho-slowakischen Republik, hat, das muß man ihm lassen, auch inmitten des höchsten Triumphes über den Erfolg seiner weltlichen Verdienste die Vernunft und der Mäßigung nach Maßschleier geworfen. Aber daß er damit bei seinen Getreuen im Lande Schule gemacht hätte, das läßt sich beim besten Willen nicht behaupten. Als die Franzosen in Elsass-Lothringen, die Polen in Polen und Westpreußen kampflustig einmarschierten, da fürstete sie sich wie die Wölfe auf die deutschen nationalen Denkmäler, wo sie ihnen begegneten, und wider daß Gerächte in wenigen Minuten, was Denkbarkeit und Liebe in jahrelangen Bemühungen aufgebaut hatten. Damals war die Erregung des Krieges noch frisch, der Kampf über den Endzweck hielt die Ententemächter in seinem Bann, die es sich nicht hatten träumen lassen, am Ende aller Dinge schließlich so leichten Kaufes über „das Land der Barbaren“ herfallen zu können. Seitdem aber sind zwei volle Jahre verfloßen. Man sollte meinen, Zeit genug, um auch die radikalsten Deutsch-Freunde wieder zu einer ruhigeren Haltung zurückzuführen. Statt dessen hat jetzt in Deutsch-Böhmen aufs neue eine regelrechte Bildschäme eingesetzt. In Teplitz, in Geyer wurden Standbilder des alten Kaisers abgetragen, und man hat den Eindruck, daß damit das Signal zu einer neuen Ära der Deutschen-Verfolgung gegeben worden sei. Herr Nassart hat, so scheint es, die Gewalt über die Gemüter verloren, und es bleibt ihm wohl nichts mehr anderes übrig, als den Dingen ihren Lauf zu lassen. Schon um deswillen, weil er sich auch sonst vor politischen und sozialen Verlegenheiten kaum noch zu retten weiß.

Die junge Republik leucht mühsam ihren Weg, die Optimisten, die geglaubt hatten, gerade dieser Staat mit seiner verhältnismäßigen Geschlossenheit und seiner gesunden Mischung von Industrie und Landwirtschaft, seiner vorteilhaften geographischen Lage werde es vergleichsweise leicht haben, sich auf den Trümmern des Habsburgerreiches ein neues Haus zurecht zu klammern, sie sind durch den tatsächlichen Verlauf der Ereignisse eines anderen belehrt worden. Auch diese Republik trägt in allen Augen, hauptsächlich wohl deshalb, weil sie sich den Wagen abwärts mit nichtschwechlichen Volksbestandteilen übernommen hat. Die Duldung ist noch niemals die starke Seite des tschechischen Nationalcharakters gewesen. Aber der Nachthunger und die billige Gelegenheit, das Land weit über seinen natürlichen geordneten Rahmen hinaus unter der Oberhoheit von Prag zu bringen, waren stärker als alle Warnungen und Proteste. Nun es mehr Nichtschwechlichen als Tschechen in der Republik gibt, wird ke von heftigeren nationalen Kämpfen durchzuführen, als jemals vorher unter dem Szepter der Habsburger auf diesem Boden gelobt haben. Dazu die sozialen Gegensätze, die sich entsprechend der allgemeinen Verschärfung der Arbeiterverhältnisse auch in der tschecho-slowakischen unermüdet erhalten. Von der Finanzlage des Staates erjt gar nicht zu reden, die allen Künsten, auch der gewieftesten Fachleute, ebenso spottet wie es anderwärts auch der Fall ist. Man schwankt zwischen Partei- und Beamtenregierungen — wie einst in Wien — findet nicht den Mut zu durchgreifenden Entschlüssen und muß es geschehen lassen, daß die Wünsche der Nation ein immer trüberes Bild annehmen. Was Wunder, daß unter solchen Umständen die berühmte Weisheit von dem Ventil auf der Bildfläche erscheint, das man der Volksmut da öffnen müsse, wo sie sich noch am ungefährlichsten entladen könne. Freilich nur eine Weisheit sans flemer oder sans gewissenloser Staats-

männer. Hier in diesem Falle soll sie auf Kosten des deutschen Volkstammes geldigt werden, der freilich ein ganz ungeeignetes Objekt für solche Verlegenheitsmanöver darstellt. Die Deutsch-Böhmen essen nun schon seit zwei Jahren das Brot einer gemächlichen Minderheit. Sie haben erst nicht recht gewußt, wie sie sich in der neuen Lage, in die der Vertrag von Trianon sie gebracht hat, zurechtfinden sollen. Aber Not lehrt nicht nur Weisheit, sie lehrt auch Handeln. Und so haben sie, in harten Kämpfen zu einer Partei der Untertänigen zusammengeschmiedet, eine Einheitsfront hergestellt, an der die Herren Tschechen sich hoffentlich noch recht gründlich die Zähne ausbeissen werden. Von ganz rechts bis ganz links stehen alle Deutschen im Lande treu zusammen. Man kann sie schädigen, kann sie demütigen, kann ihre Gefühle mit Füßen treten, aber der Geist, der sie befeuert, ist unüberwindlich und er wird sich je länger desto mehr auch die Machtmittel zu schaffen wissen, denen selbst tschechische Nachsucht nicht gewachsen ist.

Die Deutsch-Böhmen fühlen den Verzug in sich, allen von fremder Herrschaft bedrohten Grenzdeutschen im Herzen Europas mit leuchtendem Beispiel voranzugehen. Wir haben schon schwerere Freiheitskämpfe erlebt, die zum Ziele geführt haben, auch für tschechische, für polnische Kulturschänder wird der Zeitpunkt kommen, da sie vor dem Feuer nationaler Erneuerungssehnsucht die Segel streichen.

Politische Reden im Rheinland.

Fehrenbach und Simons in Düsseldorf.

Reichskanzler Fehrenbach und Außenminister Dr. Simons haben sich ins Rheinland, und zwar zunächst nach Düsseldorf begeben, um eine engere Fühlung mit diesen wirtschaftlich und politisch bedrohten Landesteilen zu nehmen. Im dortigen, von vielen Tausenden von Bürgern aller Parteien überfüllten Kolloktheater hielten die beiden Staatsmänner bemerkenswerte Reden.

Reichskanzler Fehrenbach.

von lebhaftem Beifall begrüßt, wies darauf hin, daß in seiner süddeutschen Heimat und am Niederrhein der gleiche Geist deutscher Treue herrsche. Niemals habe die Reichsregierung daran gezweifelt, daß ihr im Rheinland so entgegengetreten werde. Gern wären er und der Außenminister schon früher hergekommen, aber Arbeit und Sorge hätten die Reise bisher unmöglich gemacht. Der Reichskanzler wies darauf hin, daß der Zweck der Reise in erster Linie sei, seitens der Reichsregierung Fühlung mit dem Rheinland und seiner Bevölkerung zu nehmen, und aus der Aussprache mit den rheinischen Vertretern Mut für die weitere Beidigung der Regierung zu gewinnen. Der Reichskanzler betonte, daß auf der Fahrt durch das Ruhrgebiet die Erinnerung an die schweren Ereignisse der Märztage ihm vor Augen getreten sei, daß er aber auch dankbar dessen gedacht habe, was das ganze deutsche Volk von der Leistungsfähigkeit seines Industriegebietes erwarte. Düsseldorf sei durch den unglückseligen Krieg und die Härte des Friedensvertrages ganz besonders getroffen, da es von seiner westlichen Umgebung abgeschnitten und vieler Verbindungen beraubt sei, die es vor dem Kriege zur ersten Stadt des Niederrheins gemacht hätten.

Frankreichs Überschuss an Kohlen.

Hierauf ergriff der Minister des Auswärtigen, Dr. Simons, das Wort, der über das Kohlenabkommen erklärte, daß man in Spa der Hoffnung gewesen sei, durch die Kohlenlieferungen erhebliche Geldmittel für die Lebensmittelbeschaffung der rheinischen Bevölkerung zu erhalten. Diese Hoffnung wurde zunichte gemacht. Während die deutsche Industrie unter der Kohlenknappheit unendlich leide, herrsche in Frankreich nach Aussage kompetenter Personen Überfluß an Kohlen. Die Zufuhr sei so groß, daß nicht einmal mehr die ordnungsmäßige Abnahme erfolgen könne. Zu einer etwaigen Vorsehung des Ruhrgebietes sagte Simons, daß im Friedensvertrag hierfür keinerlei Unterlage gegeben sei. In Spa sei ein beratiges Ansehen am Ende gestellt worden, jedoch habe man die Unterschrift verweigert. Wenn in das Industriegebiet eingerückt wird, seien wir völlig berechtigt, diesen Akt als feindselig zu betrachten. Dr. Simons glaubt nicht an die Bewirkung dieser Drohung, denn wenn einer den Friedensvertrag bricht, sei auch der andere nicht daran gebunden. Wäher hätten wir die Forderungen der Entente erfüllt. Selbst Lloyd George hat uns das Zeugnis ausgestellt, daß wir den gestellten Forderungen nachgekommen sind. Die Grenze des Möglichen liege in den Lebenswichtigkeiten des deutschen Volkes. Aber die bevorstehenden

Konferenzen sagte der Minister: lieber weitere Unsicherheit als Bindung auf Unmögliches. Er schloß mit der Erklärung, man habe keinen Grund, das Schlimmste anzunehmen, da das Verständnis für den Wiederaufbau Europas wachse.

Zusammenritt des Völkerbundes.

42 Nationen.

Der Völkerbund ist nun endlich zu seiner ersten Tagung in Genf zusammengetreten. Die Vertreter von 42 Nationen waren vollständig anwesend. Der Eröffnung gingen feierliche Gottesdienste in den katholischen und evangelischen Kirchen voraus. Im Anschluß daran empfing der Genfer Staatsrat die nach Hunderten zählenden Vertreter der ausländischen und schweizerischen Presse im Hotel des Vergues. Der Genfer Staatsrat Signoud begrüßte die Pressevertreter sehr herzlich, zugleich im Namen der Genfer Bevölkerung und entschuldigte es mit der Kürze der Zeit, daß nicht alle für die Presse notwendigen Einrichtungen fertig seien. Sodann begrüßte E. Chapuisat, Präsident des Cercle de la Presse, den Direktor des „Journal de Geneve“, die Vertreter des Bundes und der Presse.

In der ersten Sitzung berichtete Léon Bourgeois über die Konstituierung der wirtschaftlichen und finanziellen Kommission, deren Errichtung in Brüssel beschlossen worden ist, und der Vertreter Japans über die Danziger Verfassung. Der Rat faßte jedoch hierüber keine Beschlüsse. Ebenfalls auf eine weitere Sitzung verschoben wurde die Entscheidung über die Grundzüge, die die Kommission aufgestellt hat, die auf Grund des Artikels 22 des Völkerbundesvertrages die Mandatsfrage zu prüfen hat.

Artikel 22 bezieht sich mit den „mündigen“ Völkern, die je nach dem Grad ihrer Entwidlung als Kolonien, als Mandatsstaaten und schließlich als selbständige Völker behandelt werden sollen.

Um Deutschlands Zulassung.

Der Genfer Korrespondent der Agence Havas will von einer bedeutenden Persönlichkeit des Völkerbundes über die Frage der Aufnahme Deutschlands folgendes erfahren haben:

Nach seiner Ansicht werde die Frage diesmal nicht gestellt werden; da Deutschland seine Zulassung nicht verlange, werde eine dritte Macht die Zulassung beantragen, dann werde man fragen, auf Grund welchen Mandats dieses Verlangen gestellt werde. Sei der Staat ohne Mandat, so sei die Frage sofort erledigt. Habe aber der Staat ein Mandat von Deutschland, dann werde eine juristische Debatte stattfinden, und man könne annehmen, daß die Gegner der Zulassung eine Zweidrittelmehrheit erzielen würden. Es könne aber auch sein, daß ein Kompromiß in dem Sinne, wie man es Edward Gren und Barnes aufschreibe, beschlossen werde. In diesem Falle werde man erklären, daß die Zulassung aller Staaten zum Völkerbund wünschenswert sei. Das würde bedeuten, daß Deutschland zur nächsten Vollerversammlung zugelassen werde. Der Gewährungsmann der Agence Havas selbst erklärte, er begreife nicht, warum der Gewanke, Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen, so feindselig aufgenommen würde, denn Deutschland habe jeden Augenblick auf Grund des Artikels 16 des Statuts das Recht, seine Angelegenheiten vor den Völkerbund zu bringen und sich während der Verhandlungen über eine solche Frage vor dem Völkerbund vertreten zu lassen.

Der Havas-Korrespondent bemerkt, daß sei auch die Anschauung der offiziellen Kreise der Konferenz. Er könne noch hinzufügen, daß Frankreich und England völlig einig darin seien, die Zulassung Deutschlands in der jetzt eröffneten Versammlung nicht zu verhindern.

D'Annunzio marschier!

Krieg auf eigene Faust gegen Serbien.

D'Annunzio hat seine Drohung wahr gemacht und hat nunmehr den Krieg gegen die Südslawen in aller Form eröffnet, indem er Gebiete besetzte, die im Verträge von San Margherita den Südslawen zugesprochen waren. Dabei hat er, wie es scheint, den Gouverneur von Dalmatien, Admiral Nili, und andere hohe Offiziere auf seiner Seite.

Nach einem Fiumaner Telegramm haben die Truppen d'Annunzios tatsächlich in der Nacht vom 12. zum 13. die Insel Arbe und Veglia besetzt, während die Flotte des Staates nach unbekanntem Ziel ausgefahren ist und sich wahrscheinlich in die erwähnten dalmatinischen Städte begeben dürfte, um dort Truppen an Land zu setzen.

Nach dem „Secolo“ besetzten die Fiumaner Begiondre auch Sussak und Cassua und den Monte Ruba, lauter Orte, die nach dem Verträge von Rapallo den Jugoslawen